

PRESSEMITTEILUNG

Bisherige Maßnahmen der Bundesregierung zur Senkung der Energiekosten reichen nicht aus

Köln, den 17.10.2022. Die Vorschläge der Experten - Kommission „Gas und Wärme“, die steigenden Energiekosten in den Griff zu kriegen, sind gute Ansätze, gehen jedoch nicht weit genug, um den Mittelstand zu stärken. Die Experten- Kommission „Gas und Wärme“ muss weitere kurzfristige Maßnahmen vorschlagen, um den Unternehmen aus der Gas- und Stromkrise zu helfen.

Die im Zwischenbericht der Kommission vorgesehene Einmalzahlung im Dezember 2022 sowie die Gaspreisbremse ab März 2023 bis März 2024 können erste wirksame Hilfsinstrumente sein, greifen jedoch zu spät. Die Einmalzahlung im Dezember ist für produzierende Unternehmen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die erheblichen Mehrkosten sind bereits jetzt entstanden und werden den gesamten Winter anhalten. Es bedarf daher effizienter, pragmatischer und zügiger Hilfe. Die Gaspreisbremse sollte daher sofort greifen.

Der Wunsch der Bundesregierung einer einheitlichen Lösung zur Senkung der Strompreise innerhalb der EU stellt ein gut gemeintes Ziel dar. Mit Blick auf die Dringlichkeit und langsam mahlende Mühlen in Brüssel sind allerdings auch nationale Lösung zur Entkopplung von Strom- und Gaspreisen notwendig. Eine einheitliche Linie auf EU-Ebene im Rahmen der für Anfang 2023 angekündigten Reform zum Strommarktdesign wird im Zweifel zu spät greifen. Hilfeleistungen und die Entkopplung der Strom- und Gaspreise sind jetzt notwendig, nicht erst im kommenden Jahr.

Der Geschäftsführer des Herstellerverbandes, Norbert Lindemann, macht deutlich: „Unsere Mitgliedsunternehmen benötigen Planungssicherheit. Etwa im Rahmen der Keramikproduktion machen die Energiekosten ca. 30% der Gesamtkosten aus. Rund 50% der Energiekosten entfallen dabei auf die Stromkosten. In anderen Bereichen ist der Anteil noch höher. Schnelle, pragmatische und planungssichere Hilfsmaßnahmen sind daher auch bei den Stromkosten dringend notwendig, um die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern. Die produzierenden Unternehmen sind ein elementarer Bestandteil des wirtschaftlichen Erfolgs der Bundesrepublik. Wir rufen daher dazu auf, sämtliche Maßnahmen zur Senkung der Gas- und Strompreise in Betracht zu ziehen und nicht ideologisch geprägte Entscheidungen zu treffen.“

(Zeichen inkl. Leerzeichen: 2264)